

1 EU und Euro am Abgrund Teil 12: die Euro-Dividende

Die gemeinsame Euro-Währung brachte einzelnen Ländern nicht nur direkte Subventionzahlungen aus der EU-Kasse, sondern auch beträchtliche Zinersparnisse. Für sie hat sich der Begriff „Eurodividende“ eingebürgert. Wir gehen der Frage nach, wie sie zustande kam und welchen Ländern sie Ersparnisse in zweistelliger Milliardenhöhe brachte.

Von Hermann Patzak

Vor allem Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien zahlten nach ihrem Beitritt zur gemeinsamen Währungsunion für ihre Staatsschulden wesentlich niedrigere Schuldzinsen als zuvor. Am Beispiel Italiens und Griechenlands soll Ausmaß und Ursache dieses Phänomens erläutert werden.

1.1 Die Höhe der jährlichen Euro-Dividende

Hohe Zinssätze mussten alle Länder zahlen, die eine permanente Inflation (Geldentwertung) hatten, weshalb sie ihre Währung ständig abwerten mussten. Beides ergab sich als zwangsläufige Folge der hohen Staatsverschuldung. Die Gläubiger haben deshalb diese Entwertung in ihre Kreditzinsen einkalkuliert und höhere Zinsen als bei Ländern mit gemäßigter Inflationsrate verlangt, deren Währungen eher auf- als abgewertet wurden. Mit dem Eintritt in die Euro-Währungsunion, fiel dieses Verlustrisiko weg, schließlich war die Geldwertstabilität im Euro-Raum das oberste Ziel der EZB. Jetzt konnten sich alle Euro-Länder zu den gleichen Bedingungen wie z.B. Deutschland verschulden, das schon immer wesentlich niedrigere Zinsen gezahlt hatte.

Die nachstehenden Tabelle zeigt, welche Folgen das z.B. für Italien hatte:¹

Italien	1996	Bei Zinssatz		
		2008	wie 1996	Zinersparnis
Schuld (Mrd. €)	1.200	1.600		
Zinsen (Mrd. €)	115	80	153	73
Zinssatz	9,58%	5,00%		

Wir sehen: Im Jahr 1996 (vor dem Beitritt zur Euro-Währung im Jahr 1999) musste Italien für 1.200 Mrd. Euro Schulden 115 Mrd. Euro Zinsen bezahlen, was einem durchschnittlichen Zinssatz von 9,58 Prozent entspricht. Im Jahr 2008 bezahlte es für eine um 400 Mrd. Euro höhere Schuld von 1.600 Mrd. Euro nur 80 Mrd. Euro Zinsen, was einem durchschnittlichen Zinssatz von 5 Prozent entspricht. Hätte der italienische Staat im Jahr 2008 seine Schulden noch mit 9,58 Prozent verzinsen müssen, hätte seine Zinsbelastung $1.600 * 9,58 \% = 153$ Mrd. Euro betragen. Die gemeinsame Euro-Währung hat dem italienischen Staat also allein im Jahr 2008 einen **geldwerten Vorteil von $153-80 = 73$ Mrd. Euro** gebracht.

Die Einsparungen Griechenlands haben (bei wesentlich geringerem Bruttoinlandsprodukt) eine vergleichbare Dimension. Im Gegensatz zu Italien sind die griechischen Schulden nach dem Beitritt zur Euro-Zone allerdings weit höher angestiegen. Der Risikoaufschlag

¹ Eigene Berechnungen aufgrund der Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.2010 Seite 15.

für die griechischen Staatstitel lag im Vergleich zum Jahr 1999 zwischen 3,5 und 6 Prozentpunkten. Schauen wir uns die Werte wieder in einer übersichtlichen Tabelle an:

Griechenland	1996	2008
Verb. Mrd. €	100	240
Zinssatz	10,50%	4,60%
Zinsen Mrd. €	10,5	11,04
ursprüngliche Zi.		25,20
Zinersparnis		-14,16

Im Jahr 2008 zahlte der griechische Staat bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,6 Prozent 11,04 Mrd. Euro an Zinskosten. Bei einem Zinssatz von 10,5 Prozent – wie im Jahr 1996 – hätte Griechenland 25,20 Mrd. Euro Zinsen, also 14,6 Mrd. Euro mehr zahlen müssen.

Die beiden Zahlenbeispiele zeigen, dass Italien und Griechenland allein schon wegen der sogenannten „Euro-Dividende“ zu den großen Gewinnern der Euro-Union gehören. Die Euro-Dividende der anderen PIIGS: Spanien, Portugal und Irland bewegt sich in einer vergleichbaren Größenordnung.

Diese Zinersparnisse (in jeweils zweistelliger Milliardenhöhe) erhöhen bei den Nettoempfänger-Ländern zusätzlich zu den direkten Subventionen aus der EU-Kasse die verfügbare Geldmenge dieser Staaten. Bei den Nettozahlungsländern, deren Nettozahlungsquote ohnehin schon ungerecht niedrig ist, wird diese Quote nochmals niedriger oder gar überkompensiert. Am Beispiel Italiens sei dies wiederum veranschaulicht: Seine Nettozahlung betrug im Jahr 2008 rund 4,6 Mrd. Euro². Berücksichtigt man jetzt noch die Zinersparnis des Landes in Höhe von 73 Mrd. Euro, so erkennt man, dass **Italien** im Nettoeffekt weit mehr profitiert als gezahlt hat. **Sein „Netto-Vorteil errechnet sich mit $73 - 4,6 = 68,4$ Mrd. Euro.**

Im Falle Griechenlands summiert sich der Gesamtvorteil mit 6,2 Mrd. Euro Nettoauszahlung plus 14,16 Mrd. Zinersparnis auf 20,36 Mrd. Euro, wie auch die nachstehende Tabelle aufzeigt:

Summe Eurovorteil	Mrd. Euro
Zinersparnis Griechenland	14,16
Nettoempfang Griechenland	6,20
Summe	20,36
BIP	239,14
In Prozent des BIP von	8,51%

Das sind, gemessen am gesamten BIP Griechenlands 8,51 Prozent des gesamten BIP im Jahr 2008! Diesen Vorteil hat das Land allein durch die Zugehörigkeit zur EU und zur Euro-Union erzielt. Kein Grieche musste dafür auch nur einen Finger krumm machen!

Die Netto-Dividende brach allerdings während der Weltwirtschaftskrise mit einem Male weg, als die internationalen Kreditgeber entdeckten, dass die von der EU „hochgepäppelten“ Länder die Subventionen dazu genutzt hatten, sich unverantwortlich hoch zu verschulden. Jetzt verlangten sie von diesen Ländern ähnlich hohe Risikozuschläge wie vor deren Beitritt zur gemeinsamen Euro-Währung. Griechenland war als erstes Euro-Land betroffen, weil es sich am maßlosesten verschuldet hatte und von der Wirtschaftskrise am

² Vgl. „EU und Euro am Abgrund Teil 9“, Seite 2.

härtesten getroffen wurde. Es war außerstande, die von den Kreditgebern geforderten hohen Zinsen (inklusive Risikozuschlag) zu bezahlen. Griechenland war definitiv zahlungsunfähig! Nur die Garantien (Rettungspaket 1) der Euro-Länder bewahrten es vor dem Bankrott. Allerdings muss man feststellen, dass die Griechenland-Rettung selbst, genauer gesagt das Rettungspaket 1 und das unmittelbar darauf beschlossene Rettungspaket 2 für sich gesehen eine Bankrotterklärung der Euro- und Europaideologen war: Die Idee einer gemeinsamen Währung für derart heterogene Staaten wie es die historisch gewachsenen europäischen Staaten sind, lässt sich nicht verwirklichen. Das funktioniert nur so lange, solange man eine große Volkswirtschaft hat, die das Ideen-Werk sponsert. Das war ganz offensichtlich Deutschland. Aber jetzt, angesichts der Dimensionen des notwendigen Sponsoring – die durch die Weltwirtschaftskrise aufgedeckt wurden – ist auch Deutschland überfordert!

1.2 Die ökonomische Bedeutung der Euro-Dividende

Kommen wir zurück zur Euro-Dividende, der noch größere Bedeutung zukommt als der Subventionierung einzelner Länder durch EU-Transferzahlungen. Was könnte ein so reich beschenkter Staat und eine Volkswirtschaft wie Griechenland mit diesen (1) Zahlungen und (2) Einsparungen nicht alles bewirken? Griechenland hat, anstatt die zusätzlichen Gelder und Zinseinsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe zu benutzen, um die verschlammte Wirtschaft und den ineffizienten Staatsapparat zu reformieren, die Staatsausgaben und die Staatsschulden Jahr für Jahr erhöht. Mit Schulden reich werden, das war die Devise dieser Zeit. Hatten es die erfolgreichen Spekulanten in Wirtschaft und Finanzmärkten nicht vorgemacht? Konnte man die Schulden – stetiges Wirtschaftswachstum vorausgesetzt – nicht in späteren Jahren mit lockerer Hand zurückzahlen? Dieses Denken beherrschte die Staatenlenker aus allen Parteien, die ein Ziel über alle anderen stellten: Wieder gewählt zu werden!

Doch was, wenn die Voraussetzungen nicht mehr zutrafen, wenn das stetige Wirtschaftswachstum einmal ausbleiben sollte? Die Anzahl der Marktgläubigen, die der Meinung war, das könne in unserer modernen Zeit nicht mehr geschehen, weil das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik so weit entwickelt und verfeinert worden sei, war im fortschreitenden 20. Jahrhundert immer größer geworden. Die Politik in allen Ländern der kapitalistischen Welt hatte sich auf ein Vabanque – Spiel eingelassen, hatte sich über das Fundament getäuscht, über dem das stetige Wachstum der Wirtschaft und die stetige Geldvermehrung aufgebaut worden war. Wenn die modernen Steuerungsinstrumente der Wirtschafts- und Finanzpolitik doch nicht halten sollten, was man sich von ihnen versprach, dann war vorhersehbar, dass bei der nächstbesten Konjunkturdelle – es hätte gar keiner Weltwirtschaftskrise bedurft – der Zusammenbruch kommen musste! Was für souveräne Staaten und ihre Volkswirtschaften ein Absturz bedeutete, **musste für das Kunstgebilde EU und Euro-Union den Zusammenbruch zur Folge** haben. Heute sind das Fakten, aber die ideologisierten Euro-Fanatiker weigern sich sogar heute noch, diese zu Kenntnis zu nehmen.

Die Entwicklung Griechenlands hat sie nicht ernüchert und von ihrer Besessenheit befreit, ihre Polit-Vision eines mächtigen europäischen Einheitsstaates durchzupauken. Die Situation in Irland, Portugal und Spanien ist der griechischen sehr ähnlich, wobei in diesen Ländern neben der unverhältnismäßigen Steigerung der Staatsschulden auch noch die Verschuldung der Unternehmen und privaten Haushalte eine bedeutende Rolle gespielt hat. Diese Entwicklung hätten diese Länder nicht genommen, wenn sie von dem EU-

Wahn nicht erfasst worden wären und wenn sie nicht die Möglichkeiten missbraucht hätten, die ihnen die gemeinsame Euro Währung der EU-Ideologen in die Hände gespielt hat.

Das Problem ist nun, dass der Staatsbankrott dieser Länder mit allen Mitteln verhindert werden muss, um die EU- und Euro-Projektion der politischen Eliten der europäischen Nachkriegsära zu retten. Die Frage ist heute, ob diese Rettung noch ökonomisch mach- und bezahlbar ist oder ob die Völker Europas dem Treiben ihrer, der Lebenswirklichkeit entrückten, fanatischen EU-Politiker ein Ende setzen, weil sie nicht endlos bereit sind, für die Schulden und ökonomischen Missstände fremder Völker und Politiker aufzukommen

© www.hpatzak.de 15.08.2010

Die nächste Folge der Serie „EU und Euro am Abgrund Teil 13“ widmet sich den Fragen

- (1) des durch EU und Euro verhinderten Wirtschaftswachstums in Deutschland,
- (2) der zwischen-nationalen Einkommensumverteilung infolge der staatlichen Schuldgarantien und
- (3) der Problematik, ob Griechenland in der Lage ist, seine Staatsschulden aus eigener Kraft zu bezahlen.